Amtsausschuss Büchen

Beschlussvorlage

Bearbeiter/in:

Nadine Frömter

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Amtsausschuss Büchen

Datum

21.11.2019

Beratung:

Zusammenarbeit im Kita-Verbund

Die Amtsgemeinden außer Gudow haben eine Aufgabe der Daseinsfürsorge, die Kindertagesbetreuung, auf das Amt übertragen. Durch diese Übertragung war in der Vergangenheit eine enge, vertrauensvolle und solidarische Zusammenarbeit möglich. Dieses soll auch in Zukunft weiterhin der Fall sein.

Derzeit werden die Investitionskosten für Neubauten, Erweiterungen oder Anbauten mit denen Plätze geschaffen werden, zu 100 % von den Standortgemeinden getragen. Die Betriebskosten für neu geschaffene Gruppen werden allerdings aufgeteilt und zu 50 % von der Standortgemeinde und zu 50 % von dem Kita-Verbund getragen. Alle anderen Betriebskosten der Bestandsgruppen werden zu 100 % vom Kita-Verbund getragen.

Durch die Reform der Finanzierung der Kindertagesstätten und den damit verbundenen neuen gesetzlichen Regelungen wird von jeder Wohnsitzgemeinde ein Anteil an den pauschalen Fördersätzen pro Kind für alle betreuten Kinder entsprechend der Betreuungszeit abgeführt werden müssen. Dieser Wohnsitzgemeindeanteil wird von jeder Gemeinde getragen werden müssen. Der Ansatz hierfür wird nach der Verabschiedung des Gesetzes über Nachtragshaushalte in die Haushalte der Gemeinden eingehen.

Die Defizite in den Betriebskosten der Kindertagesstätten und die aus dem Kita-Verbund heraus entstandenen Verbindlichkeiten sowie die freiwilligen Leistungen des Verbundes zur Deckung des Aufwandes zur Erhöhung der Standards sollten zu 100% vom Kita-Verbund getragen werden.

Die Investitionskosten für Maßnahmen mit denen Plätze geschaffen werden, sollten zu 100 % von den Standortgemeinden getragen werden. Die Standortgemeinden haben durch die neuen Plätze die entsprechenden Standortvorteile und sie können die Trägerauswahl im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Möglichkeiten vornehmen. Gleichzeitig können sie die Mieten für die Erweiterungsinvestitionen

nutzen, um die Investitionen (Zins + Tilgung) zu finanzieren.

Der Ausschuss zur Kindertagesbetreuung empfiehlt dem Amtsausschuss die folgende

Beschlussempfehlung:

Ab dem 01.01.2020 werden alle anfallenden zusätzlichen Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten und die aus dem Kita-Verbund heraus entstandenen Verbindlichkeiten sowie die freiwilligen Leistungen des Verbundes zur Erhöhung der Standards zu 100 % durch die Gemeinschaft des Verbundes getragen.

Die Kosten für Neubauten, Erweiterungen und Umbauten werden in voller Höhe durch die Standortgemeinden getragen. Die Standortgemeinden erhalten hierfür das Recht zur Auswahl und Vergabe der Trägerschaft. Gleichzeitig können sie die Mieten für die Erweiterungsinvestitionen nutzen, um die Investitionen (Zins + Tilgung) zu finanzieren.